

Baskische Angst

Spanien. Nachdem die Separatisten der ETA den Waffenstillstand aufgekündigt haben, schaltet Madrid wieder auf hart.

Uwe Scheele, San Sebastián

Elduain ist ein kleines Dorf, nur 30 Kilometer vom schicken Badeort San Sebastián entfernt. Es riecht nach frischem Gras und Kühen. Die umliegenden Berge sind dicht bewaldet und erinnern ein wenig an Österreich. Ein Dorf wie viele andere im landwirtschaftlich geprägten baskischen Hinterland, mit einer Hand voll Gehöften, 205 Einwohnern und einer Internetseite.

Die informiert auf Baskisch und Spanisch über den Ort, seine Geschichte – und die Situation der „Gefangenen“. Gemeint sind damit die etwa 700 ETA-Häftlinge, die in verschiedenen Gefängnissen in Spanien und Frankreich einsitzen. Auch Elduain hat eine „Gefangene“: Ana Belén Egues Gurrutxaga, verhaftet am 7. November 2001 in Madrid. Auf der Internetseite berichtet sie von angeblichen Folterungen, aber nicht über den Grund ihrer Inhaftierung. Egues Gurrutxaga wurde kurz nach einem Bombenanschlag verhaftet, der ein Todesopfer und 97 Verletzte forderte. Sie gehörte zum Kommando Madrid der ETA und ist inzwischen wegen vielfacher Morde und Mordversuche zu 1042 Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Bevor sie sich der ETA anschloss, war Egues Gurrutxaga in ihrem Dorf Gemeinderätin der linksradikalen separatistischen Partei Herri Batasuna. Die Separatisten hatten traditionell die absolute Mehrheit im Dorf, bis die Partei und ihre Nachfolgeorganisationen vor vier Jahren wegen ihrer Nähe zur ETA verboten wurden. Seitdem stellte die gemäßigte Baskische Nationalpartei (PNV) den Bürgermeister. Weil ihre Vertreter von den Radikalen angegriffen wurden, stellte sich die PNV bei den Kommunalwahlen Ende Mai nicht mehr zur Wahl. Die konservative Volkspartei (PP) trat als einzige Partei an und gewann bei 107 ungültigen Wahlzetteln mit einer einzigen Stimme drei Abgeordnetenmandate. Damit wird sie erstmals in ihrer Geschichte im Baskenland einen Bürgermeister stellen. Eine nicht normale Situation für ei-

ne Demokratie, wie sogar Politiker der PP zugeben.

Nicht normal ist aber auch, dass 42.000 Basken um ihr Leben fürchten müssen, wie die baskische Bürgerrechtsbewegung Gesto por la paz berechnet hat. Polizisten, Journalisten, Unternehmer, Intellektuelle, Justizbeamte, Politiker und Richter sind Anschlagziele der ETA. Und die Bedrohung ist wieder höchst akut geworden, seit die ETA ihren 14 Monate währenden „Waffenstillstand“ Anfang Juni aufgekündigt hat. Niemand zweifelt an der Entschlossenheit der Terroristen, ihre Schlagkraft unter Beweis zu stellen, auch wenn sie nach den Fahndungserfolgen der Polizei heute wesentlich schwächer sein dürften als bei ihrer letzten Offensive im Jahre 1999.

Höchste Alarmstufe. In Spanien versucht der sozialistische Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero derzeit, alle Parteien auf einen einheitlichen Antiterrorkurs einzuschwören. Dabei hatte besonders die konservative PP die Regierung in den vergangenen Monaten immer wieder scharf angegriffen. Zapatero sei vor den Terroristen in die Knie gegangen und habe politische Zugeständnisse gemacht, hieß es aus dem Lager von Oppositionsführer Mariano Rajoy. Zwar hatte es Gespräche mit der ETA gegeben, aber für Zapatero endete der gut gemeinte Versuch, wie schon für drei Regierungen vor ihm, mit einer herben Enttäuschung. Der vom Parlament gegen die Stimmen der PP abgesegnete Dialog mit den Terroristen kam ins Stocken, bereits am 30. Dezember 2006 sprengte die ETA ein Parkhaus am Madrider Flughafen in die Luft und tötete zwei Menschen.

Das war das Ende eines gerade erst begonnenen Friedensprozesses. Anders als bei der Nordirland-Frage in England war der Friedensdialog in Spanien in den vergangenen Mona-



„Die Sprache der ETA ist faschistisch. Wir alle sind ihre Opfer und müssen ihr den Nährboden entziehen“

Josune Ariztondo, Nationalpartei

ten zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen geworden. Schuld daran ist nicht nur die Opposition, die zu Massendemonstrationen gegen die Regierung aufrief, sondern auch Premier Zapatero, der es nicht verstand, alle Parteien von seinem Kurs zu überzeugen. Jetzt, nachdem die ETA wieder mit Mordanschlägen droht, scheint eine Einigung der Demokraten möglich.

Wut und Ohnmacht steigt in ihm auf, bekennt der Generalsekretär der sozialistischen Partei in der Provinz Viscaya, José Antonio Pastor. „Eine sol-

che Chance bietet sich nur einmal. Für die ETA ist die Rückkehr zum Terror politischer Selbstmord“, ist er sich sicher. Die ETA habe ihre Forderung nach Unabhängigkeit des Baskenlands durchsetzen wollen, offenbar habe Madrid keine Zugeständnisse an die Separatisten gemacht, analysiert Pastor. Jetzt fährt die Regierung eine harte Linie: Die Hafterleichterungen, die ein ETA-Terrorist durch einen Hungerstreik ertrotzt hatte, wurden zurückgenommen. Auch der Sprecher der verbotenen Separatistenpartei, Arnaldo Otegi, der am Friedensdialog teilgenommen hatte, muss nun eine frühere Verurteilung wegen Gewaltverherrlichung absitzen.

Höchste Alarmstufe im Rathaus von San Sebastián: Wer zu den Ratsfraktionen will, muss Sicherheitskontrollen wie am Flughafen passieren. „Die Demokratie ist im Baskenland nicht für alle gleich. Ich bewege mich seit 1995 nur mit Leibwächtern“, erklärt María José Usandizaga, Vorsitzende der Volkspartei in Guipúzcoa und Sprecherin der PP im Rathaus von San Sebastián. Trotzdem gibt es immer wieder brenzlige Situationen: Nach einer Wahlkampfveranstaltung sei sie von mehr als 100 radikalen Jugendlichen umzingelt und als Mörderin und Knastwärterin beschimpft worden, berichtet Usandizaga. „Nach 20 Minuten musste ich von der Polizei befreit werden. Was hätten meine Leibwächter denn tun sollen?“ Seit sich die Anschläge auf Lokalpolitiker Ende der neunziger Jahre häuften, hat jeder konservative und sozialistische Gemeinderat im



„Eine solche Chance bietet sich nur einmal. Für die ETA ist die Rückkehr zum Terror politischer Selbstmord“
Sozialist José Antonio Pastor

Baskenland und Freiheit

Die ETA (Euskadi Ta Askatasuna: Baskenland und Freiheit) wurde 1959 als marxistisch-leninistische Abspaltung der Baskischen Nationalpartei (PNV) gegründet. Ziel ist die Unabhängigkeit der baskischen Provinzen Spaniens und Frankreichs, als Mittel wurde der bewaffnete Kampf propagiert, der sich in der Anfangszeit gegen die Franco-Diktatur richtete. Das Bombenattentat gegen Francos Regierungschef Carrero Blanco im Dezember 1973 machte Furore. Mit dem demokratischen Wandel in Spanien ab 1977 und einer Generalamnestie integrierte sich ein Teil der ETA in politische Parteien, der Rest hielt am bewaffneten Kampf fest. In den letzten 40 Jahren sind dem ETA-Terror mehr als 800 Menschen zum Opfer gefallen.

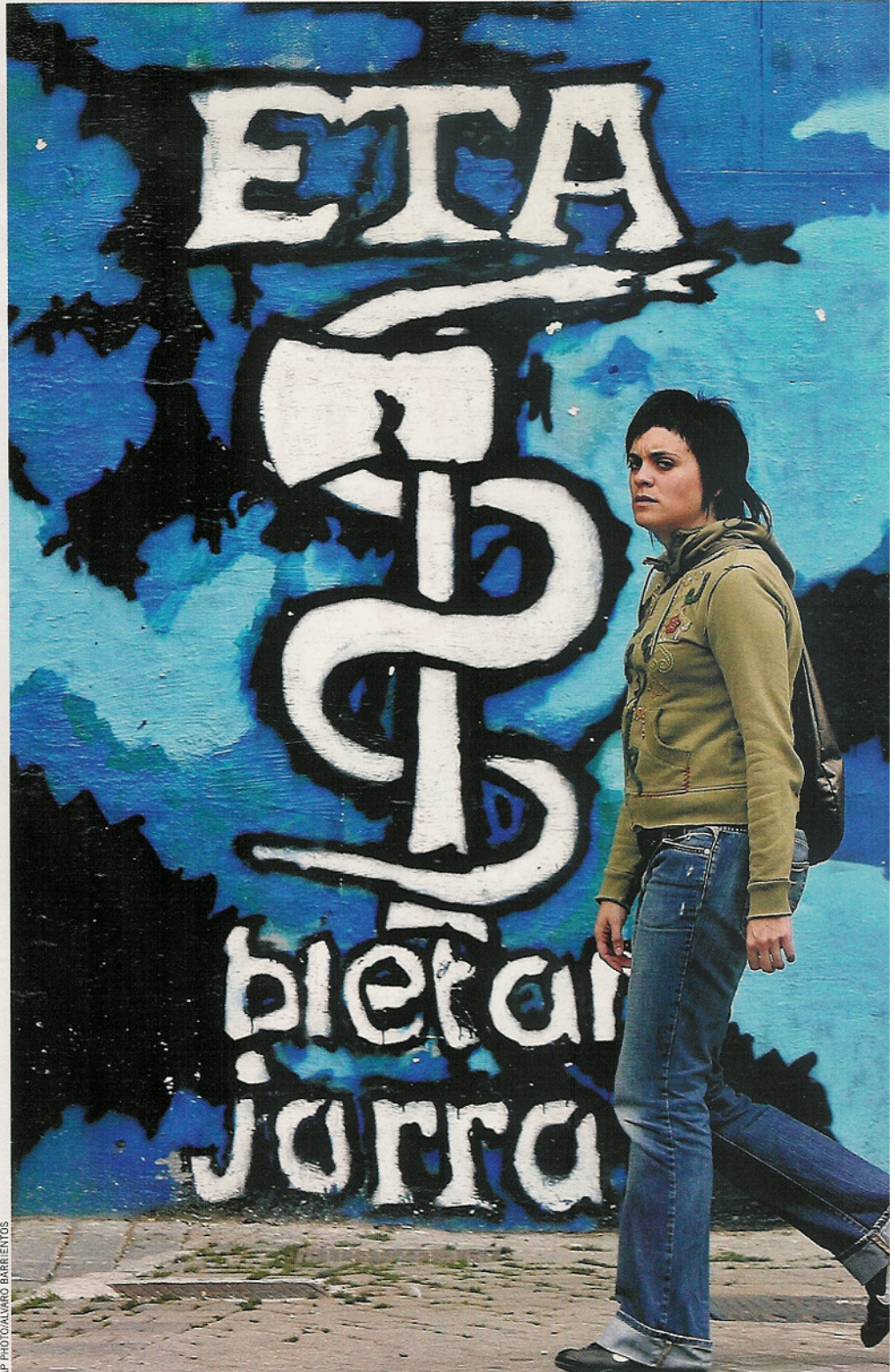


Baskenland Personenschutz. Nicht alle hielten die permanente Bedrohung aus. „In manchen Gemeinden haben wir Probleme, unsere Listen mit Basken zu besetzen“, sagt Usandizaga. Denn im Baskenland wählt das bürgerliche Lager traditionell die PNV, und zur PP gibt es klare Gegensätze.

Erfolge der Separatisten. So fordert die PNV eine Verlegung der ETA-Häftlinge ins Baskenland und deren gesellschaftliche Wiedereingliederung. Dafür wurde sie von der PP immer wieder in die Nähe der Terroristen gerückt. „Wir müssen aufhören, uns gegenseitig Vorwürfe zu machen, sonst spielen wir den Terroristen in die Hände“, erklärt die Generalsekretärin der PNV, Josune Arizondo. „Die Sprache der ETA ist faschistisch. Sie beansprucht den alleinigen Besitz der Wahrheit für sich. Wir alle sind Opfer der ETA und müssen ihr den Nährboden entziehen.“ Doch bis dahin scheint es noch ein weiter Weg. Die ETA kann weiterhin auf die Unterstützung eines Teils der baskischen Bevölkerung zählen.

Erstmals seit vier Jahren konnten die radikalen Separatisten bei den Kommunalwahlen Ende vergangenen Mai wieder mit eigenen Listen antreten: Baskische Nationalistische Aktion (ANV) heißt die 1930 gegründete Partei, die sie für ihre Ziele zu neuem Leben erweckten. Die Regierung ließ lediglich diejenigen Listen verbieten, bei denen eine Personalunion mit der illegalen Batasuna nachgewiesen wurde. Der Rest verbuchte beachtliche Erfolge für sich. In zehn Gemeinden erzielte die ANV die absolute Mehrheit.

So auch in dem 22.500 Einwohner zählenden Mondragón, wo die ANV mit sieben Abgeordneten stärkste Partei wurde. Einzige Stadträtin der PP ist Iciar Lamarain. „Meine Wähler trauen sich nicht, zu ihrer politischen Überzeugung zu stehen, denn sie fürchten Repressalien. Ich persönlich habe keine Angst, sonst könnte ich hier keine Politik machen“, beschreibt sie die Situation. Sie sei nie angegriffen worden, kenne viele Anhänger der Radikalen. „Ich sage immer, wir können uns gern unterhalten, aber ohne Erpressung. Mit einer Pistole an der Schläfe ist kein Dialog möglich.“



Axt und Schlange Propaganda im Baskenland – eine junge Frau geht an einer Wandmalerei mit dem ETA-Logo vorbei